

# Wirtschaft

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wirtschaft“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.50 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Belegkarte 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.55 Reichsmark u. 40 Cent für den Zustellungsbeitrag. Einmaliger Anzeigen-Preis: 500 bis 1000 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Kalle'scher Zählweise berechnet. Die Halle'sche Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt. Die Halle'sche Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt. Die Halle'sche Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichsanwalt Dr. Lutzer und den Reichswirtschaftsminister Dr. Neukaus zum Vortrag über wirtschafts- und handelspolitische Fragen. Später nahm der Reichspräsident den Vortrag des Reichsministers Dr. Stresemann über außenpolitische Angelegenheiten entgegen.

Im Reichstagsratung wurde der sog. Notat den Vorlägen des Haushaltsausführes gemäß genehmigt. Gegen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, die auf die Unterbrechung der deutschen Währungsbeziehungen im Ausland hinwies, wurde beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, sich den Schutz der fremden Währungsbeziehungen auf deutschem Boden im Schulwesen weiterhin angelegen sein zu lassen.

Die Reichstagsabgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei haben sich zwecks Bildung einer gemeinsamen Reichstagsfraktion zur „Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft“ unter Führung der sozialistischen Fraktion beider Parteien zusammengeschlossen. Auch General Landwehr gehört der neuen Fraktion an.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen des Bismarckbundes im Norden von Berlin fielen von Seiten der Bismarckbündler vier Schüsse. Ein Arbeiter wurde durch einen Kniehieb verletzt. Die beiden mutmaßlichen Täter wurden verhaftet.

Die Preiswelle in Großhessen hat gestern einen Rekord erreicht. Alle Fleischwaren sind im Kleinhandel bis zu 40 Prozent im Preise nach oben gestiegen, nachdem die Steigerung im Großhandel bereits am Sonnabend 30-35 Proz. erreicht hatte.

Auf dem Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Halle teilte Geheimrat Burgardt vom Reichlichen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mit, daß gestern die Liquidation der Reichsgeldstelle ab 1. Juli beschließen worden ist.

In einem Danziger Bericht führt die englische Zeitung „Westminster Gazette“ zur Korridorfage aus, Danzig sei heute bis auf Rand. Danzig wolle eine absolute Garantie seiner Unabhängigkeit oder noch besser, es wolle wieder mit Deutschland vereinigt sein. Polen dagegen würde Danzig gern annektieren. Das polnische Danziger Problem sei besonders als jedes andere im Westen.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Coblenz: Die Interalliierte Kommission hat hinsichtlich der Abrüstungsfrage der Rheinlande in rund vierzig Fällen eingreifen müssen, in der Hauptfache waren die vorgelegten Pläne zu beanstanden. In acht Fällen erfolgte die Abgabe an die alliierten Kriegesgerichte.

Die „Agenzia di Roma“ wendet sich gegen die neueste Art der französischen Presse, falsche Nachrichten zu verbreiten, die der deutschen Volkspartei in die Schuhe geschoben würden; die deutsche Volkspartei demontiere diese Nachrichten auf das entschiedenste. Die offizielle Agentur erklärt, daß dieselbe französische Manöver in den diplomatischen Kreisen Italiens den peinlichsten Eindruck hervorgerufen hätten, weil man dadurch auch die italienische Politik zu komplizieren suche. Solche Tendenzen würden aber schließlich nur tiefes Mißtrauen gegen diejenigen säen, welche sich solcher Mittel bedienen.

Die Londoner „Times“ melden über den vorwärts japanischer Truppen aus Korea auf Berlin: Die japanischen Truppen ziehen zwischen Port Arthur und Wladiwostok. Die Bahnhöfe ist in ihrem Besitz. In Port Arthur und Korea ist der Belagerungszustand erklärt. Die militärischen Ziele der Japaner liegen völlig im Dunkel.

Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die „Pravda“ schreibt, daß 46 Formationen des Roten Heeres der Sowjetregierung die Bitte unterbreitet haben, zur Befreiung der östlichen Unabhängigkeit nach Dabidjan abwärts portiert zu werden.

Auf eine Anfrage im enastischen Interuwas wurde von einem Regierungsreferent mitgeteilt: Die Gesamtstärke der Landreitkräfte Somerwyls wird auf 105 000 Mann geschätzt. In dieser Zahl sind die Reservekräfte nicht einbezogen.

Das amerikanische Staatsdepartement hat angekündigt, daß die Vereinigten Staaten sich dem Verlangen der anderen Vertragsstaaten in Bezug auf die Haltung der Demokraten gegenüber den Folgegeboten, bedingt an sich die Verlegung der Regierungserweiterung im Reiche.

## Die englische Arbeiterpartei gegen den Genfer Pakt.

London, 10. Juni. Ramsay MacDonald erklärte dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“: Die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlains mit Briand widersetzen, das der Beginn nicht eines allgemeinen Einvernehmens sei, den Frieden aufrechtzuerhalten, sondern der Beginn industrieller Kasse, Hindernisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Atmosphäre für den Krieg schaffen. Seiner Ansicht nach werde England den Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Folgen er ihm auferlege und welches Risiko es übernehme.

### Die Pariser Inhaltsangaben unrichtig?

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald“ zufolge sei gestern in britischen amtlichen Kreisen vollkommen in Abrede gestellt worden, daß ein Abkommen, wie es in Paris gefestigt worden sei, erzielt wurde. In Genf sei nur der Inhalt der nach Berlin zu sendenden Note vereinbart worden. Es werde eine freundschaftliche Note sein, die den deutschen Vorschlag eines Paktes genehmigt, Garantien beziehe und ganz allgemeine Grundzüge niedere.

### Proteste gegen Frankreich.

„Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Wenn die Bedingungen des getroffenen Abkommens so sind, wie sie in der Presse veröffentlicht worden, so würde Europa mit dem größten diplomatischen Betrag, der seit dem Weltkriegsstand begangen wurde, geprellt worden sein.

## Die politische Lage.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Der Wiederbeginn der Parlamentstagen wird erst heute noch letztlich von der „Noten-Kasse“ angehänglichen kommunizierten Lärm vor sich gehen.

Die Wichtigkeit der bevorstehenden Tagungen liegt weniger in den Plenarsitzungen als vielmehr in den neu beginnenden Fraktionsbesprechungen über die Lage im Reich und in Preußen. Bereits Dienstag früh hielten die meisten Fraktionen des Reichstags kurze Beratungen ab. Sowohl die Fraktionen als auch die meisten Fraktionen der Zentrumspartei waren Gegenstand eingehender Erörterungen.

### Das Zentrum in Preußen.

Die Zentrumstagsung des Preussischen Landtags hat sich in ihrer Sitzung am 9. Juni mit der politischen Lage im allgemeinen und mit der Frage der Umbildung der Regierung in Preußen im besonderen befaßt. Bezüglich der letzteren Frage teilte, nach einem von der Zentrumstagsung herausgegebenen Bericht, die Fraktion mit, daß die Fraktion fest, daß sie lediglich nach der letzten Abstimmung über das Kabinett Braun in Verhandlungen über die Vorbereitung der politischen Basis des Kabinetts eingetreten ist und die Verhandlungen nach rechts wie nach links mit allem Nachdruck fortgeführt hat. Die Haltung ihrer Unterabteilung ist vollkommen und weist die in der Presse erhobenen, zum Teil persönlichen Angriffe gegen ihre Vertreter nachdrücklich zurück. Die preussische Zentrumstagsung steht den bisherigen Besprechungen zur Regierungsbildung fern und beharrt auf unzutreffenden Darlegungen. Die Bildung einer preussischen Regierung auf möglichst breiter Grundlage erscheint als eine vaterländische Notwendigkeit, der von allen politischen Parteien Rechnung getragen werden muß.

### Die Sozialdemokraten lassen sich Zeit.

Die Sozialdemokraten lassen die Parteien vorzugeschlagen, die Erweiterung des Präsidentschests bis zu den Sommerferien endgültig zu verzagen. Brodth (Soz.) sagte Montag abend in der üblichen Wodensagung der Gewerkschaften: „Die Bürgerlichen hängen uns durch ihre Unmöglichkeit. Das Reich in Preußen muß uns hoch bleiben.“

Weshalb ist in Preußen liegen die Dinge im Reiche. Von der Erweiterung der Regierung Lutzer ist es ganz still geworden. Die mehrfachen deutlichen Abwintungen der Demokraten haben den Kanzler sicher zum Vorwärts bestimmt.

### Die Bünde und die Steuererlagen.

Auch die Gegenpartei der Demokraten zum Reichsfinanzminister, die sich bis zu angetragenen Einbringung eines Mißtrauensvotums gefestigt hat, sowie die Haltung der Demokraten gegenüber den Folgegeboten, bedingt an sich die Verlegung der Regierungserweiterung im Reiche.

Die Sozialdemokraten haben den Demokraten ihre Unterstützung des Antrags im Reichstag angezweifelt, die Umwälzungen mit sofortiger Wirkung zu erzwingen. Die Geltendmachung des Antrags ist noch unklar. Der demokratische Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Schäfers soll nur dann eingebracht werden, wenn der demos-

größten diplomatischen Betrag, der seit dem Weltkriegsstand begangen wurde, geprellt worden sein.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die französischen Abwintungen würden die englischen Fragen auf. Wenn ihnen Glauben geschenkt werden sollte, so habe die Regierung etwas getan, was niemand erwartete. Was Frankreich wünschte, war ein antideutscher Pakt, den keine britische Regierung unterstützen könne.

London, 9. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß nach amerikanischer Ansicht die Forderungen der Alliierten in der Entwaflungsnote zu schwer sind und daß ihre Hauptwirkung sein wird, die Regelung der lebenswichtigen europäischen Probleme für geraume Zeit zu verzögern.

### Vor Eingang der Antwort.

Paris, 10. Juni. Wie dem „Petit Parisien“ aus Genf berichtet wird, verläßt Briand heute nachmittag im Automobil Genf. Er wird Donnerstag vormittag in Paris eintreffen. Abdom ist die sofortige Ablehnung der offiziellen Antwort der Alliierten auf das deutsche Sicherheitsangebot zu erwarten.

Reichsanwalt Lutzer hat gestern Parlamentarier des linken Gebietes erklärt, daß Deutschland keine Vorbehalte und Kritiken in einer Note an die Alliierten niederlegen werde und daß die Ablehnung dieser Note sofort erfolge, nachdem die französische Sicherheitsantwort in Berlin eingegangen ist.

### französische Antrag auf Erhebung der Umwälzsteuer

Die Umwälzsteuer im Reichstag findet.

Zoll- und Steuergelege sollen unter allen Umständen von den Sommerferien des Reichstags, die Ende Juli beginnen, erledigt sein. Ein vollständiger Maß von Arbeit steht noch den Volksvertretern bevor.

Unklarheit über die Abstimmungen zu den Folgegeboten bestehen kaum noch. Auch die vorläufige Bewertung der Parteien läßt eine Mehrheit für die Regierungsvorlage nach Ansicht der Reichsregierung zu gut wie früher erwartet.

### Die ungläubige Entwaflungsnote.

Die Entwaflungsnote der Entente hat auch am Dienstag wieder das Kabinett beschäftigt. Zurzeit werden die Einzelangaben der Note hinsichtlich der sogenannten industriellen Verflechtungen der deutschen Industrie nachgeprüft. Krupp in Essen hat bereits gesprochen. Die deutschen Werke folgen nach in dieser Woche. Auch die Deutschen Werke erklären die Unrichtigkeit der Ententebehauptungen. Auch hier sind über 100 Millionen Mark durch Umstellungsarbeiten nach den Angaben der Entente-Kommission gepopt worden. Auch Jochen der Behauptungen der Note über die Verflechtungen in den Deutschen Werken finden in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze.

Das Ungläubigste aber leistet sich die Entente mit ihren Anschuldigungen gegen die Befestigung Königsherges, die von Abwintungen „unurteilen“ Gefährde auf dreihundert Unterbau schon seit Jahr und Tag gar nicht mehr vorhanden.

### Näherungsoptimismus.

Trotz allem glaubt die Reichsregierung, daß wenigstens die Ruhe am 10. August geräumt wird. Weniger wird die Meinung im Reichstag selbst geteilt, wie man heute in den Abwintungen der führenden Vertreter des linken Gebietes entnehmen konnte. Man fürchtet: neue Vorwände und unrichtige Behauptungen werden wieder verhindern, was nach dem Versailles Vertrag die erste Erklärung für viele Gebiete des Westens sein würde. So hätte die Erklärung Erdemanns klingen: „Die Ruhe wird geräumt“, so bestimmt lauter immer prompt darauf die Ausstellungen der großen Pariser Presse, während Herr Briand, der Verleumdung, sich immer beharrlicher gerade über diese Frage ausschweifig, Montag kommen „Matin“ und „Times“ wieder einmal schreiben, man würde die Ruhe nur räumen können, wenn die Entwaflungskommission nicht neue Verflechtungen Deutschlands entdeckt.

Vorbereitungen zur Rahmabstimmung treffen bis jetzt weder Frankreich noch Belgien. Und wir schreiben schon den 10. Juni...

Der Pariser „Temp“ meldet: Der Chef der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Wald, ist offiziell beauftragt worden, die Militärkontrolle in Deutschland vorläufig bis Jahresende fortzusetzen.

Ein früherer Sträfling Reguid Selbstwaid, der von der Beihilfsmittel in Kairo als Spieß verurteilt, wird, erklärt die für die Ergreifung der Wälder der englischen Besatzung, von der ägyptischen Regierung ausgesetzte Belohnung von 10 000 Pfund Sterling = 200 000 Mark!

## Die Armee der Schande.

Zu den Kämpfen in Marokko.

In diesen Tagen lief in mehreren Schiffsbildern Berlin ein Bild über die Fremdenlegation. Darin werden die englischen Qualen der Legionäre von einem Gefährdet, der selbst bei dieser Truppe stand und glücklich entkommen ist: Wer die Unmenslichkeiten, die in dieser französischen Kolonialarmee gaul und gade sind, im Bild gesehen hat, dem überdort es.

Uns als Deutsche müssen solche teuflischen Greuel besonders empören, die sich ein angeblich am höchsten in der Kultur stehendes Volk — wie die Franzosen zu sein sich in aler M L rühnen — leistet, denn der größte Teil dieser Arme der Schande und der Grauens sind deutsche Kanoniere. Mit Äußerungen der Gewalt, durch Betrug und Lüge sind diese Unglücklichen in die Hände der Fremdenlegation gekommen, um nun zu Frankreichs „höherer Ehre“ gemariert und zu Tode geerntet zu werden. Es sind unzweifelhaft viele derer, die in der Fremdenlegation leben und sterben. Die Fremdenlegation ist ein Ort der Verdammnis, die ein Opfer zeitweiliger Verirrung geworden sind.

Aber — ob Verlorene oder Verirrte — es sind deutsche Kanoniere, die in Africas Blut- und Sandwüsten der gallischen Eroberungslust geopfert werden. Frankreichs Söhne werden als zu schade dazu geachtet — gleich ob's schlechte oder weniger schlechte Söhne sind — in der Hölle der Fremdenlegation für Leben in Schande und Marter zu opfern. Über Deutsche sind zu solchen Taten gerade gut — oder schlecht — genug.

Was ferner unerhört ist, das ist, daß Frankreich sich in dem Versailles Schanddiktat ein förmliches Recht darauf gekauft hat, daß es in den bestetzten Gebieten Deutschlands für die Fremdenlegation Agenten werden darf. Diese Agenten werden ohne daß die meisten Menschen in Deutschland es wissen, ein unaufhörlicher Strom von Deutschen über Marokko oder Louan nach Alger und Tunis, hin und her zu schicken, um Fremdenlegation. Die Fremdenlegation haben dort für Frankreich ihre Leben opfern müssen! Die gesamte Kulturwelt schweigt dazu, als ob es nie eine Fremdenlegation gegeben hätte!

Wenn freilich es sich nicht um Deutsche handelte, sondern 3. B. um Arabier, die etwa vor einem Fremdenlegation in so einer Fremdenlegation geerntet würden, was für ein wildes Geschrei von Barbarei würde die Welt wohl damit erfüllen!

Die Schmach, daß etwa 60 Prozent der Fremdenlegationäre Deutsche sind, würde nicht sein, wenn alle Deutsche ohne Ausnahme dem nötigen Nationalstolz hätten. Aber leider — er fehlt, Frankreich weiß das sehr genau, und darum ist kein Fiskus für die Arme der Schande gerade in Deutschland zu erlöschend.

Um so mehr muß es Aufgabe aller deutschen Geschichtsschreiber, Schule und Dorf sein, daß die Fremdenlegation der Boden abgetragen werde.

## Frankreich in Not.

Der französische Finanzminister Callaux erklärte im Ministerrat, er hoffe, mit 4 Milliarden neu zu druckendem Papiergeld bis zum Dezember auszukommen und die neuen Banknoten baldmöglichst wieder aus dem Verkehr ziehen zu können. Insgesamt keinen bis Dezember für 22 Milliarden Schatzfonds fällig, die aber ersparungsgemäß zu 50 Prozent nicht zur Einlösung vorgelegt würden, von der verbleibenden Hälfte würden wenigstens zwei Drittel in langfristige Anleihen umgewandelt werden können.

Hoffen wir, daß Callaux reichlich optimistische Berechnung falsch ist und daß besonders Marokko ihn zu recht trüßler weiterer Inflation swingt. Je tiefer der Frank fällt, desto mehr freigen die deutschen Chancen, daß die Militärpolitik der Franzosen zusammenbricht.

Der amtliche französische Bericht gesteht jetzt schwere Einbrüche der Marokkaner in die französische Front ein. Ein französisches Bombenflugzeug wurde abgeschossen. In Französischen Alger niederzuschlagen hatten. Die Spanier treffen große Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Offensive gegen die Rifküste. Die Verhandlungen über die französisch-spanische Zusammenarbeit sollen am 25. Juni in Madrid beginnen. Wie Havas aus Algier berichtet, ist das amerikanische Expeditionskorps 200 getrennt in Richtung der marokkanischen Küste in See gegangen.

Der französische Ministerpräsident Paulene hat gestern im Flugzeug Paris verlassen, um die französische Front zu besuchen. Das ist vielleicht das deutlichste Zeichen, wie ernst es dort heißt.

